

Städtische Deputation für Gesundheit			30. Sitzungsprotokoll
18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2011 - 2015
Sitzungstag: 12.02.2015	Sitzungsbeginn: 16.35 Uhr	Sitzungsende: 17.45 Uhr	Sitzungsort: Senatorin für Finanzen Rudolf-Hilferding-Platz 1, 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Senator Dr. Hermann Schulte-Sasse			

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse begrüßt die Mitglieder der städtischen Deputation für Gesundheit.

TOP 1

Die Deputation ergänzt die Tagesordnung um den TOP „Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte – Bericht zur Schließung der Deckungslücke“. Der TOP wird als TOP 7 in Nicht-Öffentlicher Sitzung aufgerufen.

Herr Brumma (SPD) bittet unter TOP 5 kurz zu den Auswirkungen des Tarifabschlusses Marburger Bund zu berichten und über den Sachstand Ausschreibung Generalplaner KBO zu informieren. Ebenfalls unter TOP 5 wird der Bitte der CDU entsprochen über den Sachstand der falsch gereinigten endoskopischen Geräte am KBN zu informieren. Frau Bernhard (Die Linke) wünscht unter TOP 5 zudem einen Bericht über die in der Öffentlichkeit thematisierte Schließung der Station 3a in der Psychiatrie des Klinikum Bremen-Ost.

Folgende Tagesordnung wird genehmigt:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 15.01.2015
TOP 3	Verordnung über abweichende Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonntagen in der Stadtgemeinde Bremen für das Jahr 2015
TOP 4	Ambulante Palliativmedizin für Kinder
TOP 5	Bericht der GeNo
TOP 6	Verschiedenes
TOP 7	NICHT-ÖFFENTLICH Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte – Bericht zur Schließung der Deckungslücke

TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 15.01.2015
Die Deputation beschließt einstimmig:	
Beschluss	
Die städtische Deputation für Gesundheit genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 15.01.2015	

TOP 3	Verordnung über abweichende Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonntagen in der Stadtgemeinde Bremen für das Jahr 2015 (Vorlage S-72-18)
Herr Bensch (CDU) erklärt, dass er den Regelungsrahmen nicht mehr für zeitgemäß erachtet und kündigt die Enthaltung der CDU Fraktion in der Abstimmung und eine entsprechende parlamentari-	

sche Initiative für die nächste Legislaturperiode an. Herr Meinke (CDU) kündigt seine Enthaltung in der Abstimmung aus Gründen der persönlichen Befangenheit an. Herr Brumma (SPD) erklärt seine Zustimmung nur unter größten Bauchschmerzen. Frau Dr. Kappert-Gonther erklärt die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, da die Regelungen breit gesellschaftlich getragen werden.

Die Deputation fasst bei Enthaltung der Fraktion der CDU und Gegenstimme der Fraktion Die Linke mehrheitlich folgenden Beschluss.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Gesundheit stimmt zu, dass der Senator für Gesundheit den Entwurf einer Verordnung über abweichende Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonntagen in der Stadtgemeinde Bremen für das Jahr 2015 dem Senat zur Beschlussfassung zuleitet.

TOP 4 | **Ambulante Palliativmedizin für Kinder
(Vorlage S-73-18)**

Herr Dr. Schlenker (Bündnis 90 / Die Grünen) bedankt sich bei der Verwaltung für den Bericht. Er erkundigt sich, ob Bremen die Aufrechterhaltung dieses Dienstes denn alleine schaffen würde oder eine Zusammenarbeit mit anderen Krankenhäusern geplant sei? Herr Dr. Götz (Der Senator für Gesundheit) führt dazu aus, dass manche Dinge reifen müssten. Dies zeigten auch andere Vereinbarungen der Vergangenheit. Bei der Suche nach geeigneten Ärzten seien die Beteiligten auf einem guten Weg und zuversichtlich die geringe Fallzahl (10-15 Fälle) bearbeiten zu können. Perspektivisch möchten die Beteiligten auch das niedersächsische Umland mit abdecken.

Herr Dr. Trapp (Bündnis 90 / Die Grünen) fragt nach, ob auch angedacht sei, dass die Mediziner ambulant zu Hause behandeln würden? Herr Dr. Götz bejaht die Frage, sofern dies medizinisch notwendig sei.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Gesundheit nimmt den Bericht über den Stand der ambulanten palliativmedizinischen Versorgung von Kindern in der Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis.

TOP 5 | **Bericht der GeNo**

Senator Dr. Schulte-Sasse bittet Frau Darnedde (Gesundheit Nord gGmbH) zu den einzelnen Berichtsbitten der Abgeordneten zu berichten:

Falsch gereinigte Endoskopische Instrumente am KBN

Frau Darnedde erklärt, dass mittlerweile alle vorliegenden Krankenakten durchgeschaut worden sind. Es haben sich dabei keine Anhaltspunkte ergeben, dass Patienten bei der Durchführung der Untersuchung akut erkrankt gewesen wären und somit als potenzielle Überträger eine Krankheit in Betracht kämen. Dennoch hätte das KBN ca. 188 Patienten, die im in Frage kommenden Zeitraum mit den falsch gereinigten Geräten untersucht worden sind, angeschrieben und ein Gesprächs- und Untersuchungsangebot mit den Ärzten im KBN auf Kosten des KBN angeboten. Ebenfalls wurde eine Hotline eingerichtet, an die sich verunsicherte Patienten wenden können. Der Fall würde dazu intern aufgearbeitet. Hierbei wurde auch eine Überprüfung der Gerätschaften im gesamten Krankenhausverbund durchgeführt. Eine industrielle Lösung zur zukünftigen Vermeidung des Problems ist nach Kontakt mit dem Hersteller jedoch ausgeschlossen, da es keine industrielle Partnerschaft zwischen den Geräteherstellern und den Anbietern der Reinigungs- und Desinfektionsflüssigkeiten gäbe. Senator Dr. Schulte-Sasse weist zudem daraufhin, dass entgegen der bisherigen öffentlichen Berichterstattung die Geräte in jedem Fall zuvor manuell gereinigt worden sind. Dies ersetzt nicht die maschinelle Reinigung und Desinfizierung und soll nicht zur Bagatellisierung des Falls beitragen, hilft jedoch bei der Einordnung der Gefährdungswahrscheinlichkeit.

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90 / Die Grünen) fragt, ob aus den Anrufen bei der Hotline eine große Verunsicherung ableitbar ist. Frau Darnedde berichtet, dass es hier lediglich zu einzelnen

Anrufen gekommen ist.

Herr Brumma (SPD) stellt fest, dass im vorliegenden Fall es gut gewesen ist, dass keine zentrale Sterilisation stattgefunden hätte. Frau Darnedde erwidert, dass für diese Gerätschaften eine zentrale Sterilisation erst gar nicht in Frage gekommen wäre.

Herr Bensch (CDU) lobt das Klinikum für den Umgang mit diesem Vorfall sowohl in der Öffentlichkeit als auch mit Blick auf die Patienten. Herr Dr. Trapp (Bündnis 90 / Die Grünen) sieht diesem positiven Umgang auch als vertrauen bildende Maßnahme und wünscht sich auch zukünftig einen respektvollen und offenen Umgang mit Fehlern. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/ Die Grünen) bestätigt dies, mahnt aber dennoch, dass aus diesen Fehlern auch gelernt werden müsste.

Schließung der Station 3a am KBO

Frau Darnedde erläutert, dass sich das KBO auch durch den zunehmenden Druck der Krankenkassen in Richtung stationersetzenden Behandlungskonzepten entwickeln muss. Die Schließung der Station 3a und die Entwicklung von vollstationären zu teilstationären mit tagesklinischen Angeboten ist daher folgerichtig. Weiterhin sei es selbstverständlich, dass einer Verringerung der stationären Kapazitäten auch Umsetzungen des nicht mehr benötigten Personals innerhalb des Klinikums folgen müsse. Kündigungen seien dabei ausdrücklich ausgeschlossen.

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90 / Die Grünen) erläutert, dass allgemein bekannt sei, dass gute Psychiatrie nicht an das Bett gekoppelt sei, sondern eine Ausweitung der Ambulantisierung und des Home Treatments das psychiatrische Angebot verbessert. Sie hält es jedoch für fraglich, dass in diesem Prozess tatsächlich Personal eingespart werden könne. Frau Darnedde erläutert dazu, dass kurzfristig noch keine Ausweitung in Richtung des Home Treatment erfolgt. Daher sei die Verringerung des Personals erstmal vertretbar, bei der Umsetzung des langfristigen Ziels des Home Treatment müsse die Personalstärke nochmal neu bewertet werden.

Frau Bernhard (Die Linke) zeigt sich vor dem Hintergrund der Erlebnisse aus der Besuchskommission erschrocken über die Berichterstattung. Die Schließung der Station 3a bei Erhalt der Station 63 und der Abbau von Personal trotz erheblicher, auch mit dem verantwortlichen Personal konsentierten Verbesserungsnotwendigkeiten im KBO erschließt sich ihr nicht.

Frau Darnedde erwidert, dass mehr Personal nicht zwangsläufig auch eine grundsätzliche bessere Betreuung bedeuten würde. Sie sieht das Verbesserungspotenzial auf der organisatorischen und konzeptionellen Ebene. Hier könne durch eine entsprechende Haltung und Fachlichkeit sehr viel mehr zur Verbesserung der Situation der Patientinnen und Patienten beigetragen werden. Dieses Potential sei aber unabhängig von der Personalausstattung zu realisieren. Das vor Ort tätige Personal sei gefordert unter den gegebenen Rahmenbedingungen das Optimum herauszuholen und da ist noch Luft nach oben.

Herr Bensch (CDU) schließt sich den Ausführungen von Frau Darnedde an.

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90 / Die Grünen) unterstützt Frau Darnedde in Ihrer Sichtweise und verweist auf die nächste Sitzung der Deputation für Gesundheit, bei der Ihrer Erkenntnis nach das Thema Psychiatrie nochmal gesondert beleuchtet werden soll.

Sachstand Ausschreibung Planungsleistungen am KBO

Frau Darnedde erläutert, dass das noch auszuwählende Planungsunternehmen tatsächlich im ersten Schritt nur Planen solle und keine zeitgleiche Bauausführung angedacht ist. Es handelt sich bis auf die Planungen an der Intensivstation, bei der die Phasen 1-4 nach HOAI beauftragt werden sollen, lediglich um die Ausschreibungen der Phasen 1-2 nach HOAI. Die Ausschreibung hat sich gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan u.a. deswegen verzögert, weil Immobilien Bremen als ursprünglich die Ausschreibung konzipierende Stelle keine Kapazitäten zur Verfügung hatte.

Auswirkungen Tarifabschluss Marburger Bund

Frau Darnedde zeigte sich erleichtert über den schnellen Tarifabschluss ohne Arbeitskampf. Sie erachtet auch die Höhe für angemessen. Eine erste Bewertung auf Ebene des Gesamtverbandes hat zudem keine unerwarteten Risiken für den Wirtschaftsplan 2015 erkennen lassen.

Neue Geschäftsführung der GeNo

Senator Dr. Schulte-Schasse informiert die Deputierten über die erfolgreich abgeschlossene Suche nach einer vierten Geschäftsführung für den Klinikverbund Gesundheit Nord gGmbH. Herr Schuster wird zum 1. März 2015 die Geschäftsbereiche Personal und Recht innerhalb der Geschäftsführung übernehmen und damit die Leitung des Verbundes vervollständigen. Für den März ist dann vorgesehen, dass er sich in der Deputation entsprechend vorstellt.

TOP 6 | Verschiedenes

Senator Dr. Schulte-Sasse informiert die Abgeordneten über ein Schreiben der Staatsrätin für Kultur an ihn. Die Staatsrätin berichtet darin von der Kulturdeputation, die sich in einem Beschluss für den Erhalt des Glockenspiels St. Jürgen ausspricht. Er schlägt vor, dass sich die Gesundheitsdeputation in ähnlicher Weise für den Erhalt ausspricht.

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90 / Die Grünen) erläutert, dass es sicher noch wichtigere Probleme in dieser Stadt gäbe aber dieses Kleinod der Musikalität ein wahres Kulturgut sei und auch der seelischen Gesundheit diene. Daher hat sie als Kulturdeputierte diesen Beschluss zusammen mit ihrem Kollegen Brumma (SPD) sehr gerne unterstützt und würde sich freuen, wenn die Deputierten der städtischen Deputation für Gesundheit sich ebenfalls für den Erhalt des Glockenspiels auf dem Hulsberggelände integriert in etwas Neues aussprechen würden.

Herr Brumma (SPD) sagt seine Unterstützung zu, betont jedoch, dass er diese Angelegenheit in erster Linie beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr verortet sieht, da dieser für die Planung des Neuen Hulsbergquartiers zuständig sei.

Die Deputation fasst dazu folgenden Beschluss:

Die Deputation für Gesundheit spricht sich für den Erhalt des Glockenspiels St. Jürgen auf dem Gelände des Neuen Hulsbergviertels aus und bittet den Senator für Gesundheit dies dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und der Grundstückentwicklungsgesellschaft Neues Hulsbergviertel in geeigneter Weise mitzuteilen.

TOP 7 | Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte – Bericht zur Schließung der Deckungslücke

Die Beratung findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Vorsitzender

Sprecherin

Protokollführer

Der Senator für Gesundheit

Tel.: 361-9540

S-4

Fax: 496-9540

E-mail: michaela.brandjen@gesundheit.bremen.de

Auflistung der abzuarbeitenden Berichtsbitten / Aufträge bzw. der Beschlüsse aus den Sitzungen der Bürgerschaft sowie der staatlichen und der städtischen Deputation für Gesundheit (18. Legislaturperiode)

Stand: 24.02.2015

Lfd. Nr.	Auftrag	aus der Sitzung .../ vom	vorzulegen zur Sitzung am / aktueller Bearbeitungsstand	Zuständig	Bearbeitungsstand
1.	Folgeauftrag Bericht zum SpSD/Krisendienst (Vorlage Herr Mosch)	10.07.2014	nach Abschluss der Überarbeitung der Leistungs- und Rahmenvereinbarung	41	
2.	Lebensmittelkennzeichnung verbessern - Transparenz für Verbraucher erhöhen - Antrag der Fraktion der CDU vom 16. September 2014 (Neufassung der Drucksache 18/1384 vom 13. Mai 2014) (Drucksache 18/1544) Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Gesundheit.		16.04.2015	42	
3.	Reformen im Betäubungsmittelrecht anstreben - Modellprojekt für die kontrollierte Abgabe von Cannabisprodukten auflegen Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 26. November 2014 (Drucksache 18/1653) Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Gesundheit (federführend) und den Rechtsausschuss.	BB (L) 17.12.2014	16.04.2015 (Deputation)	44	
4.	Ausbildungskapazitäten in der Gesundheits- und Krankenpflege	12.02.2015 (Depu)	16.04.2015	41-11	

Graunterlegte TOP's sind neu aufgenommen